



(v.l.n.r.): Erste Reihe: Heike Kühne, Erste Beigeordnete Kirsten Gurske, Maritta Böttcher, Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Akuloff, Landrätin Kornelia Wehlan
Zweite Reihe: Felix Thier, Hartmut Rex, Dirk Hohlfeld, Dr. Rudolf Haase, Peter Dunkel, Roland Scharp (Annekathrin Loy und Irene Pacholik fehlen auf dem Foto)

LANDRÄTIN KORNELIA WEHLAN: EIN JAHR NACH DER WAHL

Vor einem Jahr wurde ich vom Kreistag Teltow-Fläming zur Landrätin gewählt. Hinter mir liegen 365 Tage, die vielseitiger, spannender und interessanter, aber auch arbeitsreicher, fordernder und aufreibender nicht hätten sein können.

Seit meinem ersten Arbeitstag am 14. Oktober 2013 standen rund 850 offizielle Termine an. Diese Bilanz ist natürlich unvollständig, denn das »Tagesgeschäft« bringt viele Dinge mit sich, die man nicht planen kann. Dieses erste Jahr war nicht nur voll arbeitsamer Tage und schlafloser Nächte, sondern zeigte mir einmal mehr, wie sehr es sich lohnt, in diesem Landkreis und für unseren Landkreis tätig zu sein.

Ein Urteil über meine Arbeit überlasse ich anderen. Für mich zählt eines: Ich arbeite ab, was ich im Wahlkampf versprochen habe. Ich setze auf engagierte Abgeordnete, die über Parteigrenzen hinweg das Wohl der Region im Blick haben. Ich zähle auf eine starke kommunale Familie, deren Mitglieder gemeinsam an einem Strang ziehen. Und ich baue in der Kreisverwaltung auf ein Team, das mit Einsatzbereitschaft und Kompetenz meinen – unseren –

Weg begleitet. Ich mache meinen Job, auch wenn der Tag oftmals 28 Stunden haben müsste ...

Nachfolgend einige Schwerpunkte meiner Arbeit:

- Mit dem vor kurzem beschlossenen Leitbild verfügen Verwaltung und Politik wieder über eine Arbeitsgrundlage und einen Wegweiser für die Zukunft. Die Grundlage der Haushaltsausrichtung und eine Orientierung für die mittelfristige Entwicklung der Region sind gelegt.
- Die Haushaltskonsolidierung wurde von mir zur Chefsache er-

klärt. Alle in der Verwaltung waren aufgefordert, sich in die Überarbeitung einzubringen, Arbeitsgruppen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wurden gebildet. Mit dem dann im Februar 2014 im Kreistag einstimmig (!) verabschiedeten Haushalt sind die richtigen Weichen gestellt – jetzt gilt es, alles Schritt für Schritt abzuarbeiten. Mir war auch wichtig, kein »Streichkonzert« für freiwillige Aufgaben zu veranstalten, sondern mit Augenmaß zu handeln und nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

- Ein von der LINKEN schon lange gefordertes und auch von mir im Landratswahlkampf als Schwerpunkt ausgegebenes Personalentwicklungskonzept für die Kreisverwaltung wurde angegangen: Beschäftigte, Führungskräfte und Mitglieder der Personalvertretungen haben ein Konzept erarbeitet und der Analyse der Ausgangssituation folgte die Formulierung von Zielen und Schritten zur Umsetzung.
- Und abschließend war und ist mir auch ein neues Klima und eine verbesserte interne Kommunikation in der Verwaltung wichtig! Transparenz ist oberstes Gebot, was ich bereits an meinem ersten Arbeitstag mit der Begrüßung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Foyer des Hauses unterstrich. Konsequenterweise werden alle internen Kommunikationswege genutzt, allein bis heute hat es fast 30 schriftliche Mitarbeiter-Informationen gegeben. Alle sind aufgefordert, sich zu allen Themen des Hauses einzubringen. Fairness, Freundlichkeit und ein offener Umgang miteinander sind die Handlungsmaxime – auch für die kommenden Jahre!



Kornelia Wehlan
Landrätin

LEITBILD UND WAHLLEID



»Miteinander leben und die Zukunft gestalten« ist der Untertitel des mit wenigen Gegenstimmen beschlossenen Leitbildes für strategische und mittelfristige Entwicklungsziele unseres Kreises.

Für die Umsetzung der sieben Schwerpunkte steht die Zusammenarbeit in allen Bereichen der Gesellschaft im Mittelpunkt. In Zeiten globaler und regionaler Veränderungen haben Politik, Verwaltung und Bürger gleichermaßen Verantwortung.

Vor dem Hintergrund des enttäuschenden Wahlergebnisses unserer Partei bei den Landtagswahlen stellt sich die Frage zu den Ausgangspositionen für die Kreistagsfraktion. Noch ist keine abschließende Wertung möglich. Es überwiegen die Erwartungen für die Fortsetzung der koalitionsfreien sachlichen Zusammenarbeit der Fraktionen. Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die inhaltlichen Herausforderungen für die Kreispolitik im Leitbild deutlich formuliert sind. Die Grundziele kreislicher Entwicklung sind auf 20 Seiten prägnante Arbeitsgrundlage.

Die fordernde Konsequenz unserer Landrätin den Verwaltungsentwurf des Leitbildes vor der gewohnten Sommerpause und damit auch vor den Landtagswahlen vorzulegen, war mehr als richtig.

Der überzeugende Mehrheitsbeschluss bei nur wenigen Gegenstimmen signalisiert und dokumentiert

So wie der Koalitionsvertrag der Landesregierung mit Kompromissen politikfähig wird, haben wir

»IN ZEITEN GLOBALER UND REGIONALER VERÄNDERUNGEN HABEN POLITIK, VERWALTUNG UND BÜRGER GLEICHERMASSEN VERANTWORTUNG.«

inhaltliche Konsenspositionen zur Kreisentwicklung. Das Hauptergebnis der Landtagswahl, die Weiterführung der Regierungsarbeit von SPD und unserer Partei ist Grundlage für die erfolgreiche Kreispolitik mit dem neuen Leitbild.

Selbstverständlich ist der Meinungsaustausch zu den Wahlschlussfolgerungen längst nicht abgeschlossen. Wir wissen auch, dass der Meinungsstreit über die Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbildes nicht ausbleiben wird. Das kann auch leidvoll werden, weil die Kreisfinanzen Spielräume und Grenzen für Entscheidungen bestimmen.

auch vor der Leitbildbeschlussfassung einen gemeinsamen Änderungsantrag mit der SPD eingebracht. Kernaussage war, die Verwaltung zu beauftragen, die Zwischenergebnisse des Kreisentwicklungskonzeptes nach einem Jahr zu bewerten und eine Fortschreibung zu ermöglichen. Damit konnte die SPD-Fraktion den am Sitzungstag eingebrachten Antrag zur Beauftragung der Verwaltung, einen gesonderten Plan der Kreisentwicklung zu erstellen, nicht durchsetzen.

Übrigens, die Druckversion des Leitbildes zur Kreisentwicklung steht in den Regionen für die Aus-

wertung und Meinungsbildung zur Verfügung. Die Kreistagsfraktion nutzt gern jede Meinungsäußerung für die Arbeit in den Fachausschüssen. Wir beantworten auch im öffentlichen Disput eure Fragen in dieser Zeitung oder direkt vor Ort.

Aktuell ist die größte Unterstützung nach der Wahlniederlage der erfolgreiche Mitgliederentscheid bis zum 30. Oktober. Auch unser Kreisverband hat es im wörtlichen Sinn in der Hand, seinen Beitrag zur Fortsetzung linker Landespolitik zu leisten. Wir alle sind mit unserer Entscheidung gefordert, die Chance für neue Wege in Regierungsverantwortung zu nutzen. Jede Stimme für das Brandenburger Regierungsbündnis hilft der Kommunalpolitik in Teltow-Fläming, stärkt unsere Landrätin und ist Anerkennung für den Einsatz aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

Die Kreistagsfraktion dankt ausdrücklich Maritta Böttcher, Norbert Müller und Carsten Preuß für ihren vorbildlichen Einsatz. Wir werden alle Anstrengungen darauf richten unseren Landkreis demokratischer und sozialer zu gestalten. Die elf Schlüsselprojekte unserer Partei für linke Politik in Brandenburg werden wir bestmöglich gestalten.

Hans-Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

AUSSCHUSS GESUNDHEIT UND SOZIALES

In meinem Ausschuss stand zunächst die Frage, warum dieses doch entscheidende Papier, bereits zum 1. September 2014 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Dazu habe ich erklärt, dass es das Ziel ist, den Haushalt zu untersetzen. Ein ausführlich erarbeitetes Kreisentwicklungskonzept liegt bereits vor.

Die Diskussion in bereits stattgefundenen Ausschüssen, z. B. im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, wo zum Leitbild konstruktive Ergebnisse zu verzeichnen waren, wurde als erste Lesung betrachtet.

Die Änderungswünsche im Haushalts- und Finanzausschuss wurden von der Verwaltung aufgenommen und es wurde begrüßt, dass die seniorenpolitischen Leitlinien aufgenommen und das Ehrenamt mehr gefördert wird sowie die Aufnahme der Angebote von ÖPNV erfolgt sind. Die Arbeit unseres Ausschusses konzentrierte sich auf die Punkte Gesundheit



und Umwelt sowie Soziales. Das erste mittelfristige Entwicklungsziel - Integration arbeitsloser Menschen, ist insbesondere die Aufgabe des Jobcenters. Der Landkreis ist gemeinsam mit der Bundes-Agentur für Arbeit Träger dieser Aufgabe. Die Hilfeempfänger

sollen soweit wie möglich in Arbeit integriert werden, um letztendlich ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.

Als nächstes Entwicklungsziel steht die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt, d.h. diese nicht nur in die Werkstätten für behinderte Menschen zu integrieren, sondern auch Zwischenlösungen zu finden.

Ein weiteres Entwicklungsziel - Ausbau der Leistungsangebote im Bereich der Pflege und Eingliederungshilfe. Man muss sich darauf einstellen, dass der Pflegebedarf aufgrund der ansteigenden Alterspyramide immer höher wird und dass dann auch ausreichend Einrichtungen zur Verfügung stehen müssen neben der Pflege von Angehörigen. Genauso verhält es sich auch in der Eingliederungshilfe.

Das letzte Entwicklungsziel ist der Ausbau flächendeckender sozialer Beratung, die in den Wohnorten weiter entwickelt werden soll. Wichtig ist, sich um die Dinge zu bemühen, die auch selbst bewegt werden können.

Im Bereich Gesundheit sind das die Förderung des Gesundheitsschutzes und die Sicherung der Gesundheitsdienstleistungen in der Fläche.

Dazu werden Nebenstellen in Ludwigsfelde, Zossen, Jüterbog und Dahme mit unterschiedlichen Angeboten vorgehalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzwerkarbeit. Das Gesundheitsamt hält spezielle Arbeitskreise vor, so z. B. im Bereich der Jugendlichen und Kinder, die PSAG (psychosoziale Arbeitsgemeinschaft) und einen Arbeitskreis mit dem Jobcenter. Es gibt eine Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Demenz, Pflegestützpunkt, Fahrbibliothek. Ziel ist, die Möglichkeiten die vor Ort da sind zu erfassen und in der Zukunft für die gesamte Region zu nutzen, zu gestalten und für die Menschen zu sichern.

Ich machte darauf aufmerksam, dass die Gesundheitsdienstleistung in der Fläche sehr kostenintensiv bezogen auf sonstige freiwillige Aufgaben ist. Für viele Menschen im ländlichen Raum ist es oftmals ausreichend, wenn ein Ansprechpartner vor Ort ist. Die Sozialstationen spielen da eine wichtige Rolle und werden auch vom Sozialamt gefördert.

Herr Lehmann, Liga-Sprecher, merkt an, dass sich in der Vergangenheit die Wohlfahrtsverbände mit den Planungsunterlagen schwer getan haben. Mit der jetzigen Kreisentwicklungsplanung liegt ein Papier vor, womit die Wohlfahrtsverbände arbeiten können.

Das hat am Ende auch der Kreistag so gesehen!

Maritta Böttcher, Jüterbog
Vorsitzende des Ausschusses

ABSCHLUSSBERICHT

PROJEKT »KONTROLLIERTES BRENNEN«



Unsere Region ist von ehemaligen Truppenübungsplätzen durchzogen, allorten hat sich die Natur jedoch die Areale zurückerobert und eine üppige Baumvegetation setzt nach und nach ein. Das ist aber auch das Problem: Oftmals sind diese Flächen wertvolle, seltene und damit schutzwürdige offene Heidelandschaften, die es zu erhalten gilt. Nur wie? »Abgrasen« durch Schafe wäre eine Möglichkeit, nur scheitert dies zum einen an der sehr nährstoffarmen Vegetation (Die Schafe wären unterversorgt.) und überhaupt an den nur begrenzt vorhandenen Herden.

Eine Mahd ist kostenintensiv und auf den stark munitionsbelasteten Arealen nicht ohne Lebensgefahr realisierbar! Man entschied sich daher vor einigen Jahren für ein neu entwickeltes Pilotprojekt, das »kontrollierte Brennen«. Dabei wird die Heide mit gepanzerten Fahrzeugen gezielt in Brand gesteckt und anschließend mit ebensolcher Technik wieder gelöscht. Hierfür wurden zwei ehemalige militärische Panzerfahrzeuge umgerüstet, um eine sichere Zündung und Absicherung der kontrollierten Feuer zu gewährleisten. Der erste Panzer, der zum

Löschen von Feuer unter Kampfmittelbelastung eingesetzt wird, verfügt über elf Tonnen Löschwasser, die von zwei Hochdruck-Löschkanonen ausgebracht werden. Er bietet der Besatzung Schutz vor Splitterwirkung der beim Brennen möglicherweise detonierenden Munition. Die Zündung der Flächen erfolgt aus einem umgebauten Kommandopanzer. Durch ein Fernzündgerät können die Feuer auf eine Entfernung bis zu 80 Metern entzündet werden. Beide Panzer operieren von einer Trasse, die die Brennflächen umgibt und auf einer Tiefe von zwei Metern von Munition beräumt ist. In den Spätwintern 2012 und 2013 wurden die Techniken im Naturschutzgebiet »Heidehof-Golmberg« bereits erfolgreich eingesetzt.

In der September-Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt, in dem das Projekt seit seiner Entstehungsphase intensiv begleitet wurde, haben die Projektverantwortlichen nun die Ergebnisse präsentiert. Bereits vor Maßnahmebeginn wurden die Probeflächen hinsichtlich der Vegetationsausstattung und des Tierarteninventars untersucht, um anschließend - auch unter Hinzuziehung ungebrannter Vergleichsflä-

chen - den Effekt des Feuers auf das Ökosystem zu belegen. Die erfolgreiche Regeneration des Heidekrautes und die sehr schnelle Wiederbesiedlung der Flächen durch gefährdete und seltene Vögel, Insekten und Spinnen konnte mit Probeflächen-erhebungen dokumentiert werden. So wurde festgehalten, dass bereits nach nur einer Woche die erneute Besiedlung mit Bodenorganismen und beispielsweise Insekten auf den »toten« Flächen begann. Auch die Vegetation und insbesondere die ja zu schützende Calluna-Heide regenerierten sich innerhalb kürzester Zeit und blühten üppiger als zuvor! Die auf den offenen Heidelandschaften weniger gewünschten Begleitvegetationen waren jedoch deutlich im Wachstum begrenzt - das Projektziel also erreicht. Ferner wurde im Ausschuss anhand der Daten deutlich gemacht, dass die Kosten aufgrund eines ungefähr alle zehn Jahre durchzuführenden Rhythmus im Vergleich zu einer jährlichen Bewirtschaftung gering sind.

In den Augen des Ausschusses und auch von uns LINKEN ein Erfolg!

Felix Thier, Luckenwalde, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SCHULSOZIALARBEIT

AUS DER BERATUNG DES JUGENDHILFE-AUSSCHUSSES



Die konstituierende Ausschusssitzung diente in erster Linie der Vorstellung der alten und neuen Mitglieder, der Wahl von Frau Hartfelder zur Vorsitzenden und der Benennung der Mitglieder für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Da bis zu diesem Zeitpunkt der Unterausschuss keine Vorbereitungen zu den Vorlagen machen konnte, wurden erwartungsgemäß einige Vorlagen dahin überwiesen und diese werden im Oktober/November beraten.

Das sind:

1. Das Konzept zur Jugendarbeit und Sozialarbeit an Schulen im Landkreis für den Zeitraum 2015-2017. Neu vorgesehen ist, je eine halbe Personalstelle Schulsozialarbeit an den Grundschulen ab dem Schuljahr 2015/16 einzurichten, die zur Hälfte vom Kreis und der Kommune finanziert werden soll.

2. Die Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis von 2015-2017.

Kritisch hinterfragt wurde durch uns die geplante Änderung, die Altersgruppe der 6- bis 9-Jährigen nicht mehr, wie noch bis 2014 gültig, zu berücksichtigen. Jetzt soll die Spanne von 10 bis 22 Jahre gelten.

Beschlossen wurde die »Verteilung der Personalstellen in der

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für den Zeitraum 2015-2017«. Damit können die Träger der Personalstellen auch langfristiger planen und es gibt ihnen mehr Handlungssicherheit.

Den Beschlussantrag von sechs Kreistagsabgeordneten aus Rangsdorf zur Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle am kreislichen Gymnasium in Rangsdorf lehnten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gegen die Stimmen der LINKEN mehrheitlich ab. Sie folgten der Empfehlung der Verwaltung aus dem Jahre 2012, die nicht mehr die jetzige Situation widerspiegelt. Die aktuelle Stellungnahme des Schulleiters, der die Notwendigkeit dieser Sozialarbeiterstelle in Anbetracht der Vorkommnisse vor 2-3 Jahren noch einmal unterstrich, blieb dabei unberücksichtigt. Für mich nicht nachzuvollziehen. Hoffentlich fällt uns dieser Beschluss nicht auf die Füße.

Hartmut Rex
Rangsdorf,
Ausschussmitglied

PRO UND KONTRA

TEMPO 70



PRO Das Wichtigste beim Autofahren ist, gesund anzukommen. Verkehrssicherheit beeinflusst jeder Verkehrsteilnehmer und der Gesetzgeber. Unser Landkreis steht mit der traurigen Bilanz von 58 Prozent aller Verkehrstoten an der Spitze bei Baumunfällen. Deshalb befürworte ich den Erlass des Landes zur Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 70 km/h grundsätzlich.

Die Gemeinden Nuthe-Urstromtal, Niederer Fläming und Baruth/Mark haben den höchsten Prozentanteil von Fahrstrecken mit dichtem Baumbestand. Im überörtlichen Straßennetz von Teltow-Fläming beträgt der Streckenanteil 21 Prozent. Bekannt ist auch, dass die Anzahl der Verkehrstoten in diesem Jahr bundesweit steigende Tendenz hat. Die Landesstraßen Brandenburgs haben eine Länge von 2.287 km mit beiderseitigen Baumreihen. Für die Hälfte aller Baumunfälle außerorts gilt als Ursache das Abkommen von der Fahrbahn. Zwei Drittel der Baumunfälle werden durch unangepasste Geschwindigkeit und Fahrfehler verursacht.

Ich bin mir sicher, dass die Verantwortlichen im Landkreis eine umfassende Gefährdungsbeurteilung

vornehmen und gegebenenfalls Einzelentscheidungen treffen.

Keinesfalls vorstellen kann ich mir, dass längere Fahrzeiten zu nachteiligen Entwicklungen in den Regionen führen. Außerdem bestimmt das Verkehrsverhalten der Fahrzeuglenker den Zeitraum für die Notwendigkeit der Tempo-70-Beschilderung.

Hans-Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

KONTRA Ich werde mich dafür einsetzen, dass auf Alleen wieder mit 80km/h statt 70km/h gefahren werden darf, weil

1. Überholvorgänge von LKW/Traktoren als Gefahrenquellen länger werden
2. Strecke Jüterbog-Dahme/Mark bereits zehn Tote/keiner ist mit 80 km/h gefahren sondern wesentlich schneller (ca. 120-150 km/h)
3. die Umweltbelastung durch Geschwindigkeitssenkung wesentlich höher ist.

Jörg-Martin Bächmann
Dahme/Mark, Fahrerschullehrer

MEHR VERKEHRSSICHERHEIT FÜR FUSSGÄNGER

B 102 – ORTSDURCHFahrt HOHENSEEFELD



commons.wikimedia.org/Mediatus

Die Bürgerinitiative für mehr Verkehrssicherheit hatte am 26. August 2014 in einem Gespräch über akute Gefährdungen von Fußgängern bei der Überquerung der B 102 in der Ortsmitte Hohenseefelds informiert. Auch wurden deutliche Geschwindigkeitsüberschreitungen bei hoher Verkehrsdichte dokumentiert.

Vertreter der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und CDU sowie der Kreisverwaltung bekannten sich im Gespräch zu Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Dazu könnten Querungshilfen für Fußgänger aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsorganisation beitragen.

Deshalb wird in einem vom Kreistag einstimmig gefassten Beschluss die Landrätin gebeten, mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen Wünderdorf über bauliche Veränderungen an der B 102 in Hohenseefeld zu beraten und sich für die zeitnahe Durchführung einzusetzen.

Hans-Jürgen Akuloff, Fraktionsvorsitzender, Luckenwalde

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 30. September 2014 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling · Auflage: 2.000, Oktober 2014
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.